

Notizen von der Querfront (April `26)

„Bürgerregierungen“

Sie rudert zurück. Offenbar hat Sahra Wagenknechts Interview in der neuaufgelegten kremlnahen „Ostdeutschen Allgemeinen“ hohe Wellen geschlagen. Darin hatte sie Verständnis für die Wahl der AfD aufgebracht und die Wählerschaft vom Verdacht der Faschismusnähe freizusprechen versucht. Außerdem kündigte sie schon jetzt an, sich im Falle eines Wahlerfolgs der AfD in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern im September an keiner All-Parteien-Blockade gegen die Rechtspopulisten und -extremisten beteiligen zu wollen.

Doch das verheerende Echo, auch in den eigenen Reihen, scheint die alte Taktiererin nunmehr bewogen zu haben, einen Rückzieher anzutäuschen. Sie will plötzlich „weder für eine Koalition mit der AfD noch für eine weitere Brandmauer-Koalition gegen die AfD zur Verfügung stehen.“ Vielmehr plädiert sie für „Bürgerregierungen“ mit „überparteilichen Ministerpräsidenten und Persönlichkeiten aus dem jeweiligen Bundesland“ (*dpa, 4. April*).

Es ist der Ladenhüter aus dem Krähwinkel einer neunmalklugscheißenden altlinken Arroganz, den Staat und die Eliten für völlig inkompetent zu erklären und diesen ein *höchteres* Expertenteam vor die Nase zu setzen, dem am besten Wagenknecht nebst Gatte im heimischen VAR-Keller an der Saar ein Eignungszeugnis ausstellen dürfen – ganz so

wie sie bislang in Kadermanier neue Parteimitglieder aufzunehmen pflegen.

Unvergessen, wie schon 1990 der notorische Wiedervereinigungsgegner Lafontaine jene, die wie Kohl oder Schäuble mit heißer Nadel die deutsche Einheit zusammenflickten, fortwährend als „Laienspielschar“ lächerlich zu machen versuchte. Dieser toxische Begriff befeuert seitdem die populistische Häme gegen „die da oben“. Dass damals das angeschlagene Tempo im Einigungsprozess ins Kreuzfeuer aller Teilungsdogmatiker geriet, liest sich aus heutiger Sicht wie eine versteckte Hoffnung auf eine doch noch erfolgende Intervention der Russen. Der KGB-Agent im Bezirk Dresden, dem man eine solche „Spezialoperation“ hätte zutrauen können, war aber noch nicht soweit.

Einer, der seit Jahren mit dem Verdikt von der regierenden „Laienspielschar“, sein kabarettistisches Geschäft betreibt, ist der Comedian Urban Priol (in: „Tilt“), der in der für ihn typischen Pose mit dem Verzweiflungsseufzer „Ich fass´ es nicht, ich fass`es nicht“ über die Bühne auf und ab zu eilen pflegt. Damit bestritt er die gesamte Merkel-Ära – 16 Jahre! Sein Kollege Dieter Nuhr erspart sich die vielen Schritte und verweist eher mit arrogantem Augenaufschlag die politische Klasse ins Tal der Ahnungslosen.

BSW ist ADAC

In der Hauptstadt findet derzeit eine Unterschriftensammlung für ein „autofreies Berlin“ statt. 174.000 Unterschriften sind erforderlich, um ein Volksbegehren einzuleiten. Ziel der Initiatoren ist es, alle Straßen innerhalb des Berliner S-Bahn-Rings vom Autoverkehr zu befreien. *Ausnahmen:*

Rettungsdienste, Lieferverkehr, Handwerker sowie Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Man reibt sich dieser Tage die Augen, wenn man in der Stadt auf fast parolengleiche Plakate der AfD wie des BSW stößt, auf denen in ADAC-Manier für freie Bürger hinterm Steuer und gegen die grüne Kampagne für eine autofreie Innenstadt gewettert wird. „Freie Wahl für freie Bürger“ oder „Autofrei nee!“ heißt es bei den Rechtspopulisten, und „Autofrei ist unfrei“ beim BSW.

Rückblende: 1973, als nach dem Yom-Kippur-Krieg mit der ersten Erdölkrise hierzulande Sonntagsfahrverbote angeordnet wurden, trommelte der ADAC mit der werbewirksamen Protestparole „Freie Fahrt für freie Bürger“. Es ging darum, Widerstand gegen Tempolimits auf den Autobahnen und eine staatliche Begrenzung von individueller Mobilität zu leisten.

Die Querfront-Parteien hauen nunmehr in die gleiche Kerbe. Sie begreifen unisono das Auto als Teil der persönlichen Freiheit. Davon dürften aber nur die Rechtspopulisten profitieren. Denn es käme schon einem verkehrspolitischen Ausverkauf gleich, wenn die abgespaltenen Altlinken des BSW einer ÖPNV-Förderung zur Verkehrsreduzierung in den Innenstädten ihre Zustimmung versagen würden.

Dagegen liegt der Auto-Enthusiasmus der AfD konsequent auf deren *Ohne-uns*-Linie, die Energiewende, *vulgo*: „Klima-Idiotie“, vehement zu bekämpfen, so zum Beispiel das Verbrenner-Aus oder den „törichten Windkraftwahn“. Da mag das BSW noch so sehr populistisch hinterherhecheln, um von dem im Osten üblichen Hass auf die Grünen noch ein paar Stimmen abzukommen, - das allzu billige ADAC-Imitat ist wohl Wagenknechts vorletzte Patrone.

Unser Mann in Moskau

Erst war er als Leiter bei der Treuhand für die Privatisierung der DDR-Chemiekombinate Buna und Leuna zuständig, dann machte er sich in der SPD als Befürworter von Schröders Agenda bemerkbar, übernahm mehrere Funktionen in der Berliner SPD, ehe er als Newcomer zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf gewählt wurde – Thomas Geisel. Irgendwann schien die Nähe zu Putins Schröder auch auf seine Ansichten zum Ukraine-Krieg abzufärben. So verwahrte er sich gegen die ukrainische „Genozid-Rhetorik“, durch die Kriegsverbrechen wie in Srebrenica, My Lai oder Babyn Jar oder die Bombennacht von Dresden „bagatellisiert“ würden. Schon 2020 war er als OB aufgrund seiner Kritik an Journalisten mit Viktor Orban verglichen worden, was gewiss mit zu seiner Abwahl als OB beigetragen hat.

Wer jedoch geglaubt hatte, der ehrgeizige Schwabe würde nunmehr in der Wirtschaft abtauchen, wurde überrascht, als er auf Empfehlung von Sahra Wagenknecht – nach vierzigjähriger SPD-Mitgliedschaft – zu einem der beiden Spitzenkandidaten des BSW für die Europawahl 2024 avancieren würde. In Brüssel gelandet, unterstützte er auch jüngst Viktor Orbans Blockade der Ukraine-Hilfen.

Nunmehr tauchte Geisel auf dem Podium eines Wirtschaftsforums in Moskau an der Seite des iranischen Botschafters Kazem Jalali wie des russischen Oberfaschisten Alexej Dugin auf, der den Geschichtsrevisionisten Putin mit völkischer Denke zu unterfüttern pflegt.

Erinnert sei daran, dass jener Dugin die Wagenknecht nach ihren Anfangserfolgen 2024 als des Kremls willkommene Tochter im Westen hochleben ließ. Dies nicht nur wegen ihrer

Parteinahme im Ukraine-Krieg, sondern auch wegen ihrer kulturkonservativen Positionierung gegen die rot-grüne „Schickimicki-Linke“.

Immerhin kritisierte der Ex-OB von Düsseldorf auf dem Moskauer Forum das lachhaft drakonische Urteil gegen den Karnevals-Wagenbauer Jacques Tilly. Aber nur, weil das Urteil in die Hände „russophober Ideologen“ (!) spiele, die glaubten, Russland solle nicht Teil Europas sein. So argumentieren in der Regel waschechte Putinisten und keine Wortführer der Menschenrechte. Geisels Moskauer Message lautete: Wir sollten Präsident Putins Empfehlung folgen und „die Fähigkeiten der EU mit Russlands Ressourcen und Potenzialen verbinden.“

Wer sich also bislang wunderte, wie es ein ehemaliger `Treuhandler` und Agenda-Spezi ausgerechnet in das BSW geschafft hat, wird in Geisels Nähe zum Kreml und dessen Amigo Schröder den wahren Grund entdecken, der die Lafontaines dem Mitgliedskandidaten hoch angerechnet haben dürften, um über seine neoliberale Vorgeschichte hinwegsehen zu können.